



Der Verlag »Antaios«, das »Institut für Staatspolitik« und die Zeitschrift *Sezession* bilden das Zentrum einer »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik. Dabei werden sie stärker gemacht, als sie tatsächlich sind. Von Volkmar Wölk

Rundumschlag

Kulturpessimismus und Sicherheits-
4 trara bei einer Gedenkfeier für Hanns Martin Schleyer in Berlin

Faustrecht

Israel verteidigt Militärschläge und
6 Kriegsvorbereitung gegen Nachbarn. Von Knut Mellenthin

Urteilsfindung

Weltfestspiele: Tribunal befragt Zeu-
7 gen zu Verbrechen des Westens in unterdrückten Ländern

Luftkampf

Airbus und Bombardier vereinbaren
9 Kooperation. Es geht um Vermeidung von US-Schutzzöllen

Rajoy sieht rot

Spanische Regierung will Autonomie Kataloniens aufheben. Dessen Regierung bereitet Proklamation der unabhängigen Republik vor. **Von André Scheer**

Im Konflikt zwischen der spanischen Zentralmacht und der katalanischen Regionalregierung stehen die Zeichen auf Konfrontation. Das Kabinetts des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy hat am Donnerstag angekündigt, die Autonomie Kataloniens aufzuheben. Dazu sollen bei einer Kabinettsitzung am Sonnabend die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden, die dann dem Senat, dem Oberhaus des Parlaments, vorgelegt werden. Da dort die regierende Volkspartei (PP) über eine absolute Mehrheit verfügt, ist die Bestätigung Formsache. Doch auch die rechtsliberalen Ciudadanos (Bürger) und die Sozialdemokraten der PSOE haben bereits ihre Unterstützung angekündigt.

Am Donnerstag vormittag war ein zweites Ultimatum abgelaufen, das Madrid dem katalanischen Ministerpräsidenten Carles Puigdemont gestellt hatte. Dieser verweigerte jedoch noch einmal die Auskunft darüber, ob er am 10. Oktober vor dem Regionalparlament die Unabhängigkeit Kataloniens ausgerufen habe oder nicht. Statt dessen bot er Rajoy erneut direkte Gespräche an. In einem am Donnerstag kurz vor Ablauf der gesetzten Frist veröffentlichten Schreiben kündigte er zugleich jedoch an, mit der Abspaltung Kataloniens Ernst zu machen, »wenn die Regierung des Staates darauf beharrt, den Dialog zu verhindern und die Repression fortzusetzen«.

Bei der Plenartagung in der vergangenen Woche hatten die Abgeordneten der für die Abspaltung eintretenden Parteien zwar eine Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet, diese aber nicht zur Abstimmung



Blindwütig losstürmen: Die spanische Regierung will nicht mit Katalonien verhandeln

gestellt. Nun könnte das nachgeholt werden.

Puigdemont holte sich für dieses Vorgehen am Mittwoch das Okay seiner Demokratischen Partei (PDECat). Mit der Unterstützung seines Koalitionspartners Republikanische Linke (ERC) sowie der antikapitalistischen Kandidatur der Volkseinheit (CUP) kann er ebenfalls rechnen. Zusammen hätten sie damit die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich. Einem Bericht des katalanischen Fernsehsenders TV3 zufolge kamen die Vertreter dieser Parteien bereits in Barcelona zusammen, um zu beraten, in welcher Weise die Proklamation der Katalanischen Republik in das Parlament eingebracht wer-

den soll. Einig ist man sich, dass die Abstimmung stattfinden muss, bevor der spanische Senat in der kommenden Woche entscheidet.

Der Druck auf Puigdemont, die Republik auszurufen, war in den vergangenen Tagen immer stärker geworden. Mit Empörung wurde vor allem darauf reagiert, dass die spanische Justiz am Montag zwei führende Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung ins Gefängnis stecken ließ. Am Dienstag demonstrierten daraufhin in Barcelona und anderen Städten Kataloniens Hunderttausende Menschen für die Freilassung der politischen Gefangenen, Tausende legten zeitweilig die Arbeit nieder.

Madrid droht den Katalanen jedoch

mit einer weiteren Verschärfung der Repression. »Niemand sollte daran zweifeln, dass die Regierung alle in ihrer Macht stehenden Mittel ergreifen wird, um so schnell wie möglich die Legalität und verfassungsmäßige Ordnung« in Katalonien wiederherzustellen, erklärte Regierungssprecher Íñigo Méndez de Vigo am Donnerstag.

Die Bürgerinitiative »Katalanische Nationalversammlung« (ANC) ruft ihrerseits für Sonnabend nachmittag zu einer Großdemonstration in Barcelona auf, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Kundgebung auch ein lautstarkes Signal für die Unabhängigkeit wird.

V-Mann soll Attentäter Amri angestachelt haben



Berlin. Eine wichtige Bezugsperson des Attentäters Anis Amri in der militanten Islamistszene soll ein V-Mann des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen gewesen sein. Das geht aus Recherchen des *Rundfunks Berlin-Brandenburg* und der *Berliner Morgenpost* hervor, die am Donnerstag nachmittag veröffentlicht wurden. Diese sollen belegen, dass die sogenannte Vertrauensperson »VP-01« frühzeitig Islamisten zu Anschlägen in der BRD angestachelt haben soll. Die auf Amri angesetzte »Vertrauensperson« habe diverse Mitglieder der IS-nahen Abu-Walaa-Gruppe und womöglich auch Amri selbst zu Anschlägen animiert. Laut der Ermittlungsakten hatte ein Mitglied der Gruppe bereits kurz nach dem Anschlag in Berlin am 19. Dezember 2016 gegenüber dem LKA ausgesagt, »VP-01« habe »immer wieder« mitgeteilt, »dass man Anschläge in Deutschland verüben solle«.

(jw)

EU-Staaten fordern Entschädigung von Israel

Tel Aviv. Acht EU-Staaten wollen mehr als 30.000 Euro Entschädigung von Israel für die Zerstörung von EU-finanzierten Gebäuden im Westjordanland fordern, berichtete die israelische Zeitung *Haaretz* am Donnerstag. Dabei gehe es um Einrichtungen und Infrastruktur für Palästinenser in den von Israel kontrollierten sogenannten C-Gebieten des Westjordanlands. Die EU-Mitgliedsstaaten bereiteten eine Entschädigungsforderung wegen zweier im August zerstörter Schulgebäude für palästinensische Kinder vor. Die Initiative ging laut *Haaretz* von Belgien aus und wird unter anderem von Frankreich und Spanien mitgetragen. Israel hatte die Zerstörungen der Gebäude damit begründet, dass sie ohne Genehmigungen errichtet worden seien. Die Außenministerien Israels und Belgiens wollten sich nicht zu den jüngsten Berichten äußern.

(dpa/jw)

■ Siehe Seite 6

Steuerhinterziehung in der EU

Abschlussbericht zu »Panama Papers« kritisiert: Maßnahmen wurden »gezielt blockiert«

Der Sonderausschuss des EU-Parlaments zu den »Panama Papers« (Pana) hat schwere Versäumnisse beim Kampf gegen Geldwäsche und Steuerflucht festgestellt. In »gewissen EU-Ländern« fehle es an politischem Willen, heißt es in dem am Mittwoch abend in Brüssel verabschiedeten Abschlussbericht. Dies habe dazu beigetragen, dass Betrug und Steuerhinterziehung immer größere Ausmaße annehmen konnten.

Der Sonderausschuss forderte den Rat der 28 EU-Staaten auf, bis Jahresende eine Liste jener Mitgliedsländer

zu erstellen, deren Steuerfahnder »nicht kooperativ« sind. Außerdem müssten Lücken geschlossen werden, die eine »aggressive Steuerplanung« ermöglichen. Dazu seien auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten »abschreckende Sanktionen« notwendig – etwa gegen Banken und Vermittler, die »bewusst, willentlich und systematisch an illegalen Programmen zur Geldwäsche beteiligt sind«.

Ferner forderte der Ausschuss mehr Transparenz im Rat, wo sich eine Arbeitsgruppe hinter verschlossenen Türen mit dem Thema Steuerhinter-

ziehung und Geldwäsche befasst. Effiziente Maßnahmen würden in dieser Arbeitsgruppe »von einzelnen Staaten blockiert«, die Sitzungsprotokolle würden unter Verschluss gehalten. Die EU-Bürger hätten ein Recht darauf zu wissen, was ihre nationalen Regierungen tun – oder nicht tun –, um »schädlichen grenzüberschreitenden Steuerpraktiken ein Ende zu setzen«, betonte der Berichterstatter, der dänische Sozialdemokrat Jeppe Kofod.

Ausschussmitglied Fabio De Masi (Die Linke) kommentierte den Abschlussbericht am Donnerstag, sei-

ne Fraktion habe »bei der gestrigen Kampfabstimmung« eine Verwässerung früherer Positionen des Europäischen Parlaments verhindert. Ein Fortschritt sei, dass Strafbeziehungsweise Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen durchgesetzt wurden. Zudem seien die Forderungen nach einem öffentlich zugänglichen Register von Unternehmen und Trusts, der Einrichtung von Land- und Immobilienregistern sowie nach harten Strafen bei Steuer- oder Geldwäschevergehen bis hin zum Lizenzentzug von Banken aufgegriffen worden, so De Masi. (AFP/jw)

jw wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

